

 Schweizerische Eidgenossenschaft Confédération suisse Confederazione Svizzera Confederaziun svizra	Fachhandbuch Betrieb (Betrieblicher Unterhalt der Nationalstrasse) Technisches Merkblatt Infrastrukturbauten Betrieb IBB	26 010-09010
Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK Bundesamt für Strassen ASTRA	Kantonale Vorschriften bei Werkhöfen und anderen Hochbauten der Nationalstrasse	V1.00 18.05.2011 L041-2270
Abteilung Strasseninfrastruktur I		Seite 1 von 3

Inhalt

1	Ausgangslage.....	1
2	Grundsätze über kantonale Vorschriften bei Hochbauten der Nationalstrasse	1
3	Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten	1
4	Rechnungsstellung und Abrechnungen.....	2
5	Anhang.....	3

1 Ausgangslage

Mit der Übernahme der Werkhöfe in das Eigentum des Bundes, stellen sich bauliche und betriebliche Fragen bezüglich kantonaler Vorschriften für die Hochbauten der Nationalstrasse. Im Speziellen stehen Baubewilligung, Gebäudeversicherung und feuerpolizeiliche Vorschriften zur Diskussion.

In diesem Merkblatt wird die Anwendung von kantonalen Vorschriften bei Werkhöfen beschrieben. Das Merkblatt gilt - mit Ausnahme der Nebenanlagen (Raststätten), für welche die Kantone als jeweilige Eigentümer die Verantwortung tragen - analog ebenfalls für andere Hochbauten, die gemäss Nationalstrassenrecht als Bestandteile der Nationalstrasse gelten.

2 Grundsätze über kantonale Vorschriften bei Hochbauten der Nationalstrasse


- Bau, Ausbau und Unterhalt von Hochbauten der Nationalstrasse sind im Verfahren nach NSG/NSV zu genehmigen. Es sind keine kommunalen/kantonalen Baubewilligungen einzuholen¹.
- Die kantonalen Vorschriften (z.B. der Gebäudeversicherung) sowie die entsprechenden Normen der Vereinigung kantonalen Feuerversicherungen (VKF) für Gebäude sind grundsätzlich auch für Werkhöfe zu übernehmen, wobei jedoch zu beachten ist, dass keine Versicherungen abgeschlossen werden.
- Vorbehalten bleiben kantonale Vorschriften, welche den Bau und Betrieb dieser Werke unverhältnismässig einschränken. Abweichungen zu ASTRA Richtlinien müssen mit den ASTRA Fachspezialisten geklärt werden.
- Bestehende Hochbauten sind periodisch auf deren Konformität mit den kantonalen gesetzlichen Bestimmungen zu überprüfen. Soweit dies möglich ist, kann diese Aufgabe den kantonalen Vollzugsbehörden übertragen werden.

3 Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten

Das ASTRA als Werkeigentümer hat folgende Pflichten:

- Erarbeitet die Bau-, Ausbau- und Unterhaltsprojekte gemäss Nationalstrassenrecht.
- Ausführungsprojekte des Baus- und des Ausbaus werden vom Departement genehmigt. Detailprojekte für Werkhöfe und dazugehörige Bauten werden gemäss UKR vom Bereich Betrieb genehmigt. Die Einbindung BSA wird jedoch von der Fachunterstützung in Absprache mit dem Bereich Betrieb gemäss UKR genehmigt. (vgl. Grundlagendokument Fachhandbuch, Projekt-Genehmigungen H371-0355).

¹ Ausnahmen sind nur für gemischte Werkhöfe mit überwiegender Drittnutzung (Kanton und/oder Dritte), welche ursprünglich im kantonalen Verfahren bewilligt wurden, nach Absprache mit Filiale/FU/RDL zulässig.

 Schweizerische Eidgenossenschaft Confédération suisse Confederazione Svizzera Confederaziun svizra	Fachhandbuch Betrieb (Betrieblicher Unterhalt der Nationalstrasse) Technisches Merkblatt Infrastrukturbauten Betrieb IBB	26 010-09010
Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK Bundesamt für Strassen ASTRA	Kantonale Vorschriften bei Werkhöfen und anderen Hochbauten der Nationalstrasse	V1.00 18.05.2011 L041-2270
Abteilung Strasseninfrastruktur I		Seite 2 von 3

- Unterhaltsprojekte für Werkhöfe und dazugehörige Bauten werden gemäss UKR von der Fachunterstützung auf Stufe Konzept und vom Bereich Betrieb auf Stufe Massnahme genehmigt. Die Einbindung BSA wird von der Fachunterstützung in Absprache mit dem Bereich Betrieb gemäss UKR genehmigt. (vgl. Grundlagendokument Fachhandbuch, Projekt-Genehmigungen H371-0355).
- Veranlasst die Einhaltung der Grundsätze aus Pkt. 2 und deren Umsetzung.
- Ist verantwortlich für die Abnahme der Werke, die Bauwerksinspektionen und die Zustandserfassungen.
- Überträgt der Gebietseinheit die Verantwortung über die Aufrechterhaltung der Sicherheit und der Umsetzung allfälliger Massnahmen während der Betriebsphase.

Die Gebietseinheit als Nutzer der Werkhöfe hat folgende Pflichten:

- Ist zuständig für die Aufrechterhaltung der Sicherheit während der Betriebsphase und rapportiert allfällige Mängel dem Bereich Erhaltungsplanung in der Filiale.
- Stellt sicher, dass allfällige betriebliche Vorgaben eingehalten werden und schliesst die nötigen Verträge zur Kontrolle von Tankanlagen, Liften, Abwasseranlagen, Feuerlöscher usw. ab.
- Soweit sie dazu nicht selber in der Lage ist, veranlasst die Gebietseinheit periodische Kontrollen über die Einhaltung der baulichen und betrieblichen Vorschriften; vorzugsweise durch bestehende kantonale Organe.

4 Rechnungsstellung und Abrechnungen

- Bei Bau, Ausbau und Unterhalt von Werkhöfen, übernimmt das ASTRA die Projektierungs- und Ausführungskosten. Bei gemischt genutzten Bauten ist der Kostenteiler vertraglich zu regeln.
- Einzelmassnahmen werden über den KBU finanziert.
- Alle periodischen Kontrollen durch die Gebietseinheit von Einrichtungen wie Fluchtwege, Tankanlagen, Liften, Abwasseranlagen, Feuerlöscher usw. sind in der Globalen enthalten.
- Der betriebliche Unterhalt der Einrichtungen ist in den Gemeinkosten der Globalen enthalten.

 Schweizerische Eidgenossenschaft Confédération suisse Confederazione Svizzera Confederaziun svizra	Fachhandbuch Betrieb (Betrieblicher Unterhalt der Nationalstrasse) Technisches Merkblatt Infrastrukturbauten Betrieb IBB	26 010-09010
Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK Bundesamt für Strassen ASTRA	Kantonale Vorschriften bei Werkhöfen und anderen Hochbauten der Nationalstrasse	V1.00 18.05.2011 L041-2270
Abteilung Strasseninfrastruktur I		Seite 3 von 3

5 Anhang

Erläuterungen zu NSG/NSV und Vorschriften

Die Nationalstrassen mit samt ihren Bestandteilen gemäss Artikel 2 der Nationalstrassenverordnung vom 7. November 2007 (NSV; SR 725.111) werden im nationalstrassenrechtlichen Plangenehmigungsverfahren erstellt. Massgebend ist hier insbesondere das Bundesgesetz vom 8. März 1960 über die Nationalstrassen (NSG; SR 725.11).

Gemäss Artikel 26 Absatz 2 NSG sind in diesem Verfahren kantonale Bewilligungen und Pläne nicht erforderlich. Das kantonale Recht ist jedoch zu berücksichtigen, soweit es Bau und Betrieb der Nationalstrassen nicht unverhältnismässig einschränkt.

Nach dem eben gesagten ist das ASTRA im Zusammenhang mit dem Betrieb seiner Anlagen, worunter gemäss Artikel 2 Bst. f NSV auch die Werkhöfe fallen, grundsätzlich nicht an das kantonale Recht gebunden. Baupolizeiliche Vorschriften der Kantone (z.B. Feuerschutz- und Feuerwehrgesetz des Kantons Bern) sind nicht direkt anwendbar. Sie sind jedoch zu beachten, wenn dadurch der Bau und Betrieb nicht unverhältnismässig eingeschränkt wird.

Im Nationalstrassenrecht selber finden sich keine spezifischen bau- oder feuerpolizeilichen Bestimmungen für Werkhöfe und andere Hochbauten der Nationalstrasse. Soweit das ASTRA selber über keine Grundlagen verfügt, welche den Schutz der Gebäude bzw. der sich darin befindenden Personen in ausreichendem Masse sicher stellen, sind kantonale Vorschriften im Bereich der Gebäudesicherheit anzuwenden. Dies macht durchaus Sinn, da so das bestehende Knowhow der kantonalen Fachbehörden genutzt werden kann.

Da das ASTRA im nationalstrassenrechtlichen Plangenehmigungsverfahren kantonalen Vorschriften nicht direkt untersteht, kann der Kanton keine baulichen und betrieblichen Auflagen machen. Aus diesem Grund sind die Kantone grundsätzlich auch nicht befugt, die Einhaltung ihrer Vorschriften zu prüfen und periodisch zu kontrollieren. Die regelmässige Kontrolle wäre jedoch für das ASTRA ein geeignetes Instrument, seine Anlagen auf deren Sicherheit hin zu überprüfen. Zudem ist zu beachten, dass die Feuerwehrhoheit grundsätzlich auch bei Hochbauten der Nationalstrasse bei den Kantonen liegt.

Im Weiteren ist der Bund bzw. das ASTRA als Werkeigentümer für die Sicherheit seiner Anlagen verantwortlich; Sicherheitslücken sind nicht zuletzt im Hinblick auf die Werkeigentümerhaftung unbedingt zu vermeiden.

Gemäss Artikel 62e Absatz 2 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG; SR 172.010) gelten die Vorschriften der Kantone und Gemeinden über Versicherungspflichten für den Bund nicht. Dies bedeutet, dass Gebäude im Eigentum des Bundes nicht der kantonalen Gebäudeversicherungspflicht unterstehen.